

Berliner Morgenpost

<http://www.morgenpost.de/printarchiv/titelseite/article1297917/Zu-wenig-Beamte-Berlin-entgehen-500-Millionen-Euro-Steuerereinnahmen.html>

ERHEBLICHE MÄNGEL BEI PRÜFUNG

Zu wenig Beamte: Berlin entgehen 500 Millionen Euro Steuerereinnahmen

Montag, 26. April 2010 01:49 - Von Christina Brüning

Dem Land Berlin entgehen Steuerereinnahmen in Millionenhöhe, weil in den Finanzämtern der Hauptstadt Hunderte Sachbearbeiter fehlen. Nach Angaben der Finanzverwaltung werden in diesem Jahr und 2011 knapp 1000 Stellen unbesetzt bleiben, um Personalkosten zu sparen.

Deshalb, so schätzt der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Dieter Ondracek, verzichte das Land auf 500 Millionen Euro Steuerereinnahmen jährlich. Dabei steigt die Zahl der Steuerfälle weiter. Die Folge sind "erhebliche Bearbeitungsmängel" in den Finanzämtern, kritisiert der Landesrechnungshof. Diese hätten bereits in der Vergangenheit zu verspäteten Steuerereinnahmen, also Zinsnachteilen, für Berlin und zu Steuerausfällen geführt.

Besonders alarmierend: Die Ausstattungsquote der Finanzämter hat sich verschlechtert, während gleichzeitig der Bedarf gestiegen ist. Noch im Februar dieses Jahres hieß es, knapp 92 Prozent der Stellen seien besetzt. Tatsächlich sind es aber nur 86 Prozent. Damit liegt Berlin im Bundesvergleich im unteren Mittelfeld. Zugleich ist die Stadt aber mit über 60 Milliarden Euro verschuldet.

Der Personalbedarf der Finanzämter liegt nach Berechnungen der Finanzverwaltung bei 6968 Stellen. Besetzt werden in diesem Jahr aber nur 6008. Damit fehle Berlin ein großes Finanzamt, sagt CDU-Haushaltsexperte Florian Graf. Der finanzpolitische Sprecher der Grünen, Jochen Esser, kritisiert, dass Berlin seiner gesetzlichen Pflicht einer gerechten Besteuerung nicht nachkomme.

Die Folgen der Unterbesetzung sind gravierend. "Die Mitarbeiter in den Finanzämtern sind überlastet, das geht an die Qualität der Prüfung", sagt Gewerkschaftschef Ondracek. Fehlerhafte Steuererklärungen oder Hinterziehungen würden nicht erkannt. Betriebsprüfungen von Unternehmen würden nur unregelmäßig angesetzt.

Dabei lohnt sich der Einsatz: Pro Jahr und Sachbearbeiter rechnen Finanzexperten mit Steuerereinnahmen schon bei kleineren Prüfungen von etwa 125 000 Euro, bei gewerblichen und Selbstständigen-Prüfungen von etwa 280 000 Euro. Im Außendienst seien es sogar

bis zu 800 000 Euro im Jahr. Dem stehen Personalkosten von brutto etwa 70 000 Euro im Jahr gegenüber. Experten schätzen, dass Bund und Länder jedes Jahr etwa 30 Milliarden Euro mehr einnehmen könnten, wenn in den Finanzämtern ausreichend Personal zur Verfügung stünde.

Die Senatsverwaltung für Finanzen teilte dagegen auf Anfrage mit, dass es "keinen nachweisbaren kausalen Zusammenhang zwischen einem höheren Personaleinsatz und steigenden Steuereinnahmen" gibt. Staatssekretärin Iris Spranger (SPD) kündigte an, dass "die insgesamt vorhandenen Stellen nunmehr so auf die Finanzämter verteilt werden, dass der Ausstattungsgrad möglichst gleich ist". Die Zurückhaltung erklären Rechnungshof und Gewerkschaft damit, dass gut die Hälfte der eingetriebenen Steuern an den Bundeshaushalt abgeführt werden muss. Ondracek: "Der Finanzsenator kalkuliert: Ein Innendienstmitarbeiter bringt vielleicht 280 000 Euro im Jahr ein, davon bekommt dann der Bund etwa die Hälfte, und das Land verliert noch Geld aus dem Finanzausgleich. Das lohnt sich für die Finanzminister nicht. In diesem Fall sind Personalkosten böse Kosten."

WEITERE ARTIKEL AUS TITELSEITE

Forderung nach Eilverfahren: Regierung streitet über Hilfspaket für Griechenland

Info: 460 Millionen Euro Verlust

Katholische Kirche: ... und der Papst singt mit der Queen

Forderung nach VERtrauensfrage: CDU: Wowereit verliert Rückhalt in seiner Partei